

Kirche und Gesellschaft



Arnd Küppers / Peter Schallenberg

Große Koalition ohne große Ideen?

Zu Aufgabe und Grenzen von Politik –
grundsätzliche Überlegungen
aus aktuellem Anlass

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Oktober 2013, Nr. 403: Joachim Wiemeyer
Unternehmensethik aus christlich-sozialer Sicht

November 2013, Nr. 404: Adrianus H. van Luyn SDB
Subsidiarität – ein Baustein nicht nur für Europa

Dezember 2013, Nr. 405: Peter Neher
Zwischen Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit

VORSCHAU:

Februar 2014, Nr. 407:
Albert Wunsch zum Themenbereich: „Partnerschaft und Ehe“

März 2014, Nr. 408:
Paolo Bavastro zum Themenbereich: „Hirntod und Organspende“

April 2014, Nr. 409:
Hildegard Hagemann zum Themenbereich: „Migration“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2014

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2691-7

Nachdem CDU, CSU und SPD am Vortag das Ergebnis ihrer Koalitionsverhandlungen vorgestellt hatten, rauschte es am 28. November gewaltig im deutschen Blätterwald. Die Kommentatoren in den führenden überregionalen deutschen Tageszeitungen zeigten sich unisono unzufrieden mit dem von den Großkoalitionären beschlossenen Regierungsprogramm. Der gemeinsame Kern der Kritik: Dieser Großen Koalition fehlt die große Idee. Heribert Prantl fasste das in der *Süddeutschen Zeitung* prägnant in folgende Worte: „Von einem Zauber ist nichts zu spüren, von großen, gar großartigen Projekten, die man mit einer großen Koalition verbinden möchte, ist nichts zu lesen; ein visionäres Kribbeln stellt sich an keinem einzelnen Absatz der 185 Seiten ein.“

Schärfer war die Kritik in der *Frankfurter Rundschau*, die nach der politischen Sitzgeographie bekanntlich eher dem linken politischen Spektrum zuzuordnen ist. Der Koalitionsvertrag laufe auf „lähmenden Stillstand“ in Deutschland hinaus, urteilte Stephan Hebel. Es gebe zwar ein paar Lichtblicke, zu denen er „bei allen Einschränkungen“ den Mindestlohn und die doppelte Staatsbürgerschaft zählt. „Aber“, so Hebel weiter, „hat es sich dafür gelohnt, den Kampf um andere, linke Mehrheiten für echte Reformen auf Jahre unmöglich zu machen? Nein, das hat es nicht.“ Und mit Blick auf die von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles angekündigte Befragung der SPD-Basis schrieb er: „Zumindest die SPD-Mitglieder sollten sich fragen, ob es wirklich das war, was sie wollten.“

Nun, inzwischen hat die sozialdemokratische Basis entschieden – und das auf beeindruckende Weise: Von knapp 475.000 SPD-Mitgliedern haben sich 369.680 an der Befragung beteiligt, das sind 77,86 Prozent. Und von denen hat eine überwältigende Mehrheit von knapp 76 Prozent ihr Ja zum Koalitionsvertrag gegeben.

Aber auch die eher dem sogenannten „bürgerlichen“ oder konservativen Spektrum zugerechnete Presse war unzufrieden. Ähnlich wie Prantl in der *Süddeutschen* schrieb Berthold Kohler in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Nach fünf Wochen Verhandlungen und einer siebzehnstündigen Schlussrunde legten die großen drei eine wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Melange vor, in der man vergeblich nach der großen Idee dieser großen Koalition sucht“. In entgegengesetzter Stoßrichtung zu Hebel in der *Rundschau* fügte er freilich hinzu: „– wenn man von dem wunderbaren Ziel absieht, dass es allen besser gehen soll, was allerdings auch schon Marx umtrieb.“ Im Anschluss an diese Entdeckung marxistischer Aspirationen bei den neuen Regierungspartnern sekundierte Heike Göbel im Wirtschaftsteil der *FAZ*, der Koalitionsvertrag habe „eine derart heftige Schlagseite zugunsten der Verteilung, dass die SPD-Mitglieder eigentlich

begeistert an die Urnen strömen müssten, um zuzustimmen, bevor in der Union doch noch einer aufwacht.“

Der gleiche Grundtenor schließlich in der Zeitung *Die Welt*; hier schrieb Ulf Poschardt: „Diese Koalition hat keine Idee von sich und dem, was sie dem Land zumuten kann und will. Es ist der kleinste gemeinsame Nenner zweier Partner, die das Fortschreiben des Status quo als Ultima Ratio zeitgenössischen Regierens verstehen.“

Einzig die *tageszeitung taz* tat das, was sie am liebsten tut: Sie schwamm gegen den Strom, und Stefan Reinecke schrieb in seinem Kommentar: „Es sagt sich flott dahin, dass diese Große Koalition keine Idee hat. Aber es stimmt nicht. Der Koalitionsvertrag ist nicht bloß die Addition von Einzelinteressen, die irgendwie synchronisiert werden mussten. Er hat eine Linie.“ Als diese Linie, als den „Geist dieses Vertrages“ identifiziert Reinecke „die vorsichtige Wiederherstellung des bundesdeutschen Korporatismus“.

Sieht man von der zuletzt genannten Ausnahme ab, so war das in der überregionalen Qualitätspresse veröffentlichte Meinungsbild zum Koalitionsvertrag doch überraschend einheitlich. Der gemeinsame Nenner der Kritik von links bis rechts lautete dabei: Diese Regierung hat keine Idee, keine Vision, kein Projekt. Und deswegen hat diese zaudernde, zaghafte Große Koalition das Attribut „groß“ eigentlich gar nicht verdient. Schnell wurde der spöttische Begriff der „GroKo“ für das neue Regierungsbündnis kreiert. Von der Gesellschaft für deutsche Sprache ist „GroKo“ sogar zum Wort des Jahres 2013 erklärt worden.

Aber ist diese Kritik überhaupt stichhaltig? Braucht eine Regierung ein Projekt, eine Idee, eine Vision, um vernünftig regieren zu können? Oder stimmt nicht vielmehr das, was Altbundeskanzler Helmut Schmidt einmal prägnant formuliert hat: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ Sollten wir dann aber nicht froh sein, wenn unsere Regierenden keine Visionen haben? Was können wir gerechterweise von unseren Politikerinnen und Politikern erwarten und was nicht? Damit berührt die Debatte über das Regierungsprogramm der Großen Koalition die grundsätzliche Frage nach dem Wesen, nach der Aufgabe und den Grenzen der Politik.

Augustinus und die Entsakralisierung der Politik

Wer sich aufmacht, in der Tradition christlicher Philosophie und Theologie nach einer Antwort auf diese Frage zu suchen, wird zuerst bei Augustinus (354 – 430) fündig werden. Seine Schrift *De Civitate Dei (Vom Gottesstaat)* ist der staats-theoretische Klassiker des christlichen Abendlandes.

Der politische Augustinismus hat die Staatsphilosophie von Jahrhunderten geprägt und ist auch heute noch einflussreich. Die Ironie daran ist, dass die Politische Philosophie gar nicht im Fokus von Augustinus lag, als er *De Civitate Dei* schrieb. Er wollte keineswegs eine Staatstheorie entwerfen. Sein eigentliches Interesse war kein politisches, sondern ein theologisches. Anlass der Schrift war dabei allerdings keine philosophische Spekulation, sondern dennoch ein höchst politisches Ereignis. Im Jahr 410 hatte der Westgotenkönig Alarich Rom erobert und geplündert. Es war das erste Mal seit dem Einfall der Kelten 800 Jahre zuvor, dass Rom gefallen war. Und diese Katastrophe passierte nur 30 Jahre, nachdem das Christentum Staatsreligion im Römischen Reich geworden war.

Die Folge war ein regelrechter Kulturkampf. Die Anhänger der alten heidnischen Kulte bekamen durch die Ereignisse Auftrieb. Sie polemisierten gegen den christlichen Gott, der es nicht vermocht hatte, Rom vor den Barbaren zu schützen. Diese Parolen trafen auf eine zutiefst verunsicherte christliche Gemeinde. Viele der römischen Christen hatten das zum Christentum bekehrte Römische Reich mit dem anbrechenden Reich Gottes identifiziert. Die Eroberung und Plünderung Roms durch Alarichs Truppen ließ diese Illusion zerplatzen.

Mit seiner Schrift *De Civitate Dei* wollte Augustinus auf die Polemik der Gegner und auch auf die Selbstzweifel in der christlichen Gemeinde reagieren. Sein Ziel war es, die Geschichtsauffassung der „politischen Theologie“, die von einer unmittelbaren Einheit von Religion und Politik ausging, zu widerlegen. Er entwarf dazu in *De Civitate Dei* eine spezifische Geschichtstheologie. Zentrale Figur in seiner Argumentation ist das Bild der zwei *civitates*, der beiden „Staaten“ oder Bürgerschaften, die er einander kontrastierend gegenüberstellt: *civitas terrena* und *civitas Dei*.

Die *civitas terrena*, der Erdenstaat, das ist die real in der Geschichte existierende politische Gemeinschaft, das ist das Römische Reich, das 410 von den Westgoten geplündert wurde. Die *civitas Dei*, der Gottesstaat, ist dagegen die metaphysische, Raum und Zeit übersteigende Gemeinschaft der christlichen Gemeinde mit Gott.

Freisetzung des Politischen

Mit dieser Trennung von *civitas terrena* und *civitas Dei*, mit dieser Differenzierung zwischen Römischem Reich und Reich Gottes, mit dieser Scheidung von Religion und Politik hat Augustinus jenes Motiv entwickelt, das das politische Denken und die politische Geschichte der westlichen Welt geprägt hat wie kaum ein zweites. Dabei birgt diese Trennung

zunächst einmal eine enorme politische Sprengkraft. Für die weitere Geschichte des Westens wurden die dadurch hervorgerufenen Konflikte zwischen Kirche und Staat zum entscheidenden Katalysator für die Entwicklung der politischen Institutionen.

Aber der von Augustinus erstmals systematisch herausgearbeitete Dualismus von Religion und Politik hat in der Geschichte nicht nur sein Konfliktpotential, sondern auch ein großes Freiheitspotential entfaltet. Diesen Aspekt betont Reinhard Kardinal Marx in seinem Buch *Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen*: „Der Staat wird in gewisser Weise entsakralisiert, wie es auch schon im Neuen Testament deutlich wird. Seine Bedeutung wird zurückgenommen, der Einzelne gewinnt an Profil. Und es bleibt eine merkwürdige Spannung zwischen dem Einzelnen und dem Staat, dem Gemeinwesen, so dass das Politische mit dem Religiösen von der Idee her nicht in eins fallen kann. Insofern hat das Christentum zur Freisetzung des Politischen, zur Freisetzung der Person in ihrer Eigenverantwortung vor Gott entscheidend beigetragen.“¹

Politik unter den Restriktionsbedingungen der *civitas terrena*

Um zum Ausgangspunkt unserer Fragestellung zurückzukehren: Was ist vor dem Hintergrund dieser Überlegungen zu den Visionen und den großen Ideen in der Politik zu sagen? Nach dem bisher Gesagten scheint klar zu sein: Augustinus dachte eher wie Helmut Schmidt. Gegenüber Visionen und Heilsversprechen in der Politik war er skeptisch. Sicher, Augustinus war zweifellos selbst ein Visionär. Seine ganze Schrift *De Civitate Dei* ist nichts anderes als eine große Vision von einer besseren, einer friedvollen und gerechten Welt. Aber diese Vision ist eine Vision des Glaubens, sie ist gerichtet auf die jenseitige Welt, das kommende Reich Gottes. Mit Blick auf die diesseitige Welt und die Möglichkeiten und Grenzen von Politik unter den irdischen Restriktionsbedingungen allerdings ist Augustinus Realist und Pragmatiker.

Realismus und Pragmatismus sind dabei scharf zu unterscheiden vom Relativismus. Auch wenn Augustinus sich bewusst war, dass die Vision vom vollkommenen Frieden unter den irdischen Bedingungen nicht zu realisieren ist und erst im Reich Gottes in Erfüllung gehen wird, so war er doch der leidenschaftlichen Überzeugung, dass auch hier auf Erden der Einsatz für den Frieden gefordert ist. Und auch wenn er sich bewusst war, dass vollkommene Gerechtigkeit unter den Menschen hier auf Erden nicht herzustellen ist, so hielt er dennoch an der Gerechtigkeit als moralischem Leitmotiv politischen Handelns fest. „Was anderes sind die irdischen Rei-

che, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als große Räuberbanden?“, so heißt ein vielzitatierter Satz in *De Civitate Dei*.²

Aber mit Blick auf den Bereich der Politik geht es Augustinus eben um einen Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit in dem Bewusstsein, dass diese Welt unvollkommen und gebrochen ist, ebenso wie es die Menschen sind, die in ihr leben. Es liegt nicht in der Macht der Menschen, diese Welt zur Vollkommenheit und Vollendung zu führen. Das ist die Sache Gottes. Die Sache der Menschen ist es, ihre irdische Welt Stück für Stück zu einem besseren Ort zu machen. Und das ist schwer genug, vor allem wenn es nicht um das tugendhafte Handeln des Einzelnen geht, sondern um das gemeinsame politische Handeln.

Die Politik, der demokratische Wettkampf der Parteien, die parlamentarische Debatte, das Verhältnis von Regierung und Opposition, alles das ist immer schon gebeizt von dem, was Augustinus und die christliche Tradition als Erbsünde bezeichnen. Das heißt, alles das ist bedeckt von jenem Schatten, der seit der Ursünde von Adam und Eva und endgültig seit dem Brudermord von Kain an Abel über dem menschlichen Zusammenleben liegt.

Das heißt in säkulare Sprache übersetzt: Politik in allen ihren Formen ist stets das Medium gemeinschaftlichen Handelns von Menschen, die zwar oft Verantwortung für ihre Mitmenschen empfinden, die aber genauso oft rücksichtslos ihre egoistischen Interessen verfolgen. Und Aufgabe der Politik ist es, für einen Ausgleich zwischen den egoistischen Einzelinteressen einerseits und andererseits den Belangen der Gesellschaft insgesamt zu sorgen. In der traditionellen christlichen Sozialethik und der kirchlichen Soziallehre nennt man das die „Gemeinwohlverantwortung“ des Staates. Oder noch einfacher formuliert: Die Politik, bei uns organisiert um den demokratischen Wettkampf der Parteien, dient dazu, dass sich die Menschen mit widerstreitenden Interessen nicht gegenseitig die Köpfe einschlagen und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft zerstören. Für Visionen bleibt in diesem mühseligen Geschäft wenig Raum.

Augustinischer Liberalismus

Mit dieser nüchternen Sicht auf die Politik war Augustinus seiner Zeit weit voraus und steht uns heute sogar näher also so mancher neuzeitliche Denker. Selbst Immanuel Kant, der exemplarische Philosoph der Aufklärung, zeichnet in seiner Altersschrift *Zum ewigen Frieden* von 1795 ein reichlich naives Bild, nach dem das große Ziel des Friedens allein durch eine vernunftorientierte, durch die Philosophie pädagogisch angeleitete

Politik erreicht werden könnte. Dieses für die Epoche der Aufklärung so typische Vernunftpathos gipfelt in Kants Satz: „Das Problem der Staatserrichtung ist, so hart wie es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) auflösbar“.³ Dieser Rationalismus hat etwas von einem Technizismus. Es braucht keine sozialen Tugenden, es braucht nur eine rationale Soziotechnik, um den ewigen Frieden und die gerechte Gesellschaft zu realisieren. Das ist sozusagen die sich durchtragende sozialphilosophische Idee der Moderne: dass die gerechte, die gute Gesellschaft hergestellt werden kann mittels rationalen Entwurfs, rationaler Planung. Der französische Philosoph Jean-Francois Lyotard nennt die unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfe, die auf dieser Idee fußen, die „großen Erzählungen“ der Moderne.⁴ Die letzte dieser großen Erzählungen war der Marxismus. Im Sowjetkommunismus hat sie sich bekanntlich als eine der großen totalitären Verirrungen des 20. Jahrhunderts entfaltet.

Es waren Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, die als erste 1944 in ihrer *Dialektik der Aufklärung* auf den verstörenden Zusammenhang eines hypertrophen Rationalismus in der aufgeklärten Moderne mit den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts aufmerksam gemacht haben. Der in ihnen zu einem totalitären Soziotechnizismus gesteigerte Rationalismus wollte einen völlig neuen Menschen und eine ganz andere Gesellschaft erschaffen. Die Entdeckung dieses tragischen Zusammenhangs hat nach dem Zeiten Weltkrieg dazu geführt, dass neue Wege gesucht wurden, Liberalismus, Rechtsstaat und Demokratie zu begründen. Diese Suche macht den Kern der sogenannten „Postmoderne“ aus.

Hierbei ist – weniger in der deutschen, mehr in der englischsprachigen Diskussion – auch auf Augustinus zurückgegriffen worden. Insbesondere in den USA ist „augustinian liberalism“, „augustinischer Liberalismus“, heute ein geläufiger Terminus. Der Begriff bezieht sich auf eine philosophische Begründung des Liberalismus unter Verzicht auf den Versuch einer rationalistischen Letztbegründung. Vielmehr wird angeknüpft an Augustinus' Unterscheidung von *civitas Dei* und *civitas terrena*. Die liberale Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat sind in dieser Perspektive dann keine perfekten Institutionen, die gleichsam aus sich heraus Freiheit, Gerechtigkeit und ewigen Frieden hervorbringen. Sondern es sind einfach jene Institutionen, die unter den höchst ambivalenten Verhältnissen der *civitas terrena* die besten oder besser: die am wenigsten schlechten Bedingungen dafür schaffen, dass Freiheit und Rechte des Einzelnen gewahrt werden und widerstreitende Interessen zum friedlichen und gerechten Ausgleich gebracht werden.

Die Projekte Rot-Grün und Schwarz-Gelb

In gewisser Weise die Steigerungsvariante des Vorwurfs, es fehle den Regierenden an Visionen, großen Ideen und Projekten, ist die Behauptung, es gehe ihnen nur um die Macht. Anders als frühere Politikergenerationen hätten die heute Regierenden keinen moralischen Kompass, kein Wertefundament mehr. Dieser Vorwurf ist schon Bundeskanzler Gerhard Schröder und seiner rot-grünen Regierung gemacht worden. Mit seiner „Agenda-Politik“, so wurde weithin geunkelt, habe Schröder die alten Werte der Sozialdemokratie verraten, insbesondere die soziale Gerechtigkeit. Eine ähnliche Kritik wie seinerzeit an Schröder und der SPD gibt es heute an Kanzlerin Angela Merkel und der CDU. Auch Merkel und der ihr folgenden Partei werden Relativismus und der Verrat an den traditionellen christdemokratischen Werten vorgeworfen. So schreibt etwa Ulf Poschardt in seinem bereits oben zitierten Kommentar in der Zeitung *Die Welt*, in der Union regiere „der Merkelianismus, der die CDU in die erste postmoderne Volkspartei Europas verwandelt hat, in der das ‚anything goes‘ zum Wertefundament umgeformt wurde.“

Ein Betrachter von außen, der französische Politikwissenschaftler und Deutschlandkenner Alain Minc, hat es weniger negativ, fast bewundernd vielmehr, aber in einer ähnlichen Stoßrichtung formuliert. Kurz vor Weihnachten sagte er in einem Interview über Kanzlerin Merkel: „Jetzt wird sie halt Sozialdemokratin, nachdem sie vorher liberal war. Die Kanzlerin ist ein Chamäleon, deshalb überlebt sie alles. Sie hat drei Wahlen gewonnen, aber es war jedes Mal eine andere Merkel, die die Wahl gewonnen hat.“⁵

Das stimmt. Aber waren es nicht auch jedes Mal ganz andere Zeiten? 2005, beim ersten etwas holprigen Wahlsieg, zeigten sich in den Konjunkturdaten und auf dem Arbeitsmarkt die ersten Erfolge der Agenda 2010. Kanzlerin Merkel wollte den von der Vorgängerregierung beschrittenen Weg konsequent weiterverfolgen. Dann aber kam alles anders. Das beherrschende Thema der ersten Großen Koalition wurde die internationale Finanzmarktkrise. 2009, beim zweiten Wahlsieg, war die Finanzmarktkrise noch nicht ausgestanden, als sich die Griechenlandkrise rasch zur gesamteuropäischen Krise ausweitete.

Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass die politische Agenda weit weniger von Visionen oder großen Ideen bestimmt wird als durch die sich tatsächlich stellenden Herausforderungen. Vor allem Rot-Grün trat 1998 mit dem Anspruch an, ihre Koalition verfolge nicht nur ein Regierungsprogramm, sondern geradezu ein Gesellschaftsprojekt. Davon ist am Ende wenig geblieben. Kein visionäres Projekt, sondern die Agenda 2010 wird

untrennbar mit Rot-Grün verbunden bleiben. Genauso erging es dem schwarz-gelben Projekt. Es hatte sich bereits erledigt, bevor es an die Macht gelangte. Insbesondere die FDP hatte das zu spät gemerkt. Das Hauptgeschäft der schwarz-gelben Regierung war die Kärnerarbeit des europäischen Krisenmanagements.

Werte in der Politik

Die Rede von Werten in der Politik ist kaum weniger problematisch als die von Visionen. Robert Spaemann hat bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen. Er schreibt: „Der Rede von Werten, der Berufung auf Werte haftet eine tiefe Zweideutigkeit an. Sie ist entweder trivial oder gefährlich.“ Trivial ist sie insofern, als jede menschliche Gemeinschaft, sofern sie wirklich Gemeinschaft ist, durch einen Konsens über bestimmte Werte zusammengehalten wird. Ohne einen solchen Konsens kann das Zusammenleben der Menschen nicht funktionieren. Das gilt auch für die modernen pluralistischen Gesellschaften. „Es sind allerdings nun ganz bestimmte Wertschätzungen, deren Gemeinsamkeit in einer pluralistischen Gesellschaft unverzichtbar ist. Dazu gehört einerseits die Wertschätzung der Toleranz, also der Bereitschaft, Menschen auch dann zu achten und in ihre Sphäre persönlicher Freiheit nicht einzugreifen, wenn ihre Überzeugungen, Wertschätzungen und Lebensformen von den eigenen abweichen. Diese Achtung findet ihren Ausdruck im Recht, in einer freiheitlichen Rechtsordnung.“⁶

Und das ist der Punkt, an dem nach Spaemanns Überzeugung die Rede von Werten in der Politik vom Trivialen ins Gefährliche kippen kann. Der liberale Staat der Moderne ist zunächst einmal Rechtsstaat und keine Wertegemeinschaft. Gefahr droht dort, wo die Rede von der Wertegemeinschaft die der Rechtsgemeinschaft verdrängt oder wo der Diskurs über Grundwerte denjenigen über Grundrechte überflügelt. Es ist deshalb auch keineswegs unproblematisch, wenn die Parteien, die im Grundgesetz in den Rang verfassungsrechtlicher Institutionen gehoben werden und nach Artikel 21 GG an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, als „Wertegemeinschaften“ klassifiziert werden.

Christen sollten sich nicht grämen, dass es in der heutigen Parteienlandschaft keinen gleichsam natürlichen Resonanzraum mehr für die „christlichen Werte“ gibt oder dass die selbstverständliche Bedeutung dieser Werte in unserer Gesellschaft insgesamt schwindet. „Selbstverständliche Bedeutung ist bequem, aber wie alle Bequemlichkeit kann sie auch zur Trägheit führen“⁷, schreibt Reinhard Kardinal Marx. Christen sollten aber nicht

bequem sein, sondern unbequem. Sie sollten sich einmischen und politisch engagieren. Denn sie gehören einer Gemeinschaft an, die weit mehr ist als eine Wertegemeinschaft mit einem bestimmten Menschenbild. Die Kirche ist die Gemeinschaft derer, die glauben, dass der Mensch – jeder Mensch! – das Ebenbild Gottes ist und mehr noch: dass Gott selbst in Jesus Christus Mensch geworden ist. Diese christliche Botschaft hat eine politische Sprengkraft, die weitaus größer ist, als es die demgegenüber geradezu verharmlosende Rede von den christlichen Werten oder dem christlichen Menschenbild erahnen lassen.

Die politische Botschaft von Papst Franziskus

Papst Franziskus hat diese politische Dimension des christlichen Glaubens seit seinem Amtsantritt mit besonderem Nachdruck in Erinnerung gerufen. Seine erste offizielle Reise als Papst war ein Pastoralbesuch auf der Insel Lampedusa, wo die italienischen Behörden zwei Auffanglager für Flüchtlinge unterhalten, die bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen, vor der Küste aufgegriffen wurden. Die europäische Flüchtlingspolitik entlarvt wie kaum etwas anderes die wohlfeile Rede von der europäischen Wertegemeinschaft.

Auch vieles andere, was Franziskus in den letzten Monaten gesagt, geschrieben und getan hat, ist unbequem und soll es auch sein. Irritation und zum Teil harschen Widerspruch hat etwa seine Kritik am real existierenden Kapitalismus provoziert. In seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium* schreibt der Papst: „Diese Wirtschaft tötet“.⁸ Von manchen Volkswirten und Wirtschaftsjournalisten ist ihm daraufhin vorgerechnet worden, wie stark die Zahl der Armen im Zuge der ökonomischen Globalisierung zurückgegangen ist. Das stimmt natürlich. Vor allem die Tatsache, dass Indien und China, die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde, sich in den letzten Jahren immer mehr der Marktwirtschaft zugewendet haben, hat dazu geführt, dass die Zahl der Armen in der Welt deutlich zurückgegangen ist. Aber trotzdem sticht das utilitaristische Argument nicht, das Papst Franziskus entgegengehalten wird. Es geht fehl, weil es auf einem fundamentalen Missverständnis beruht. Es geht dem Papst nicht darum, eine Gewinn- und Verlustrechnung der Globalisierung aufzumachen.

Auch wenn die Verbreitung der Marktwirtschaft im Zuge der Globalisierung für die Entwicklung der Welt und die Bekämpfung der Armut gut und wichtig ist, so hat der real existierende globale Kapitalismus doch auch seine Schattenseiten. Und Papst Franziskus möchte uns diejenigen

ins Bewusstsein bringen, die ihr Leben in diesem Schatten fristen. Er spricht im Namen der Opfer. Diese Opfer gibt es, sie sind erschreckende Realität und nicht die fixe Idee eines Theologen, der keine Ahnung von Volkswirtschaft hat.

Ein Beispiel: Es ist in der Tat gut für die Entwicklung Bangladeschs, dass sich immer mehr Textilindustrie in diesem Land ansiedelt, das nach wie vor zu den ärmsten Staaten der Welt gehört. Bangladesch verzeichnet deswegen seit Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum von regelmäßig über fünf Prozent. Und auch den Menschen, die Arbeit in den städtischen Textilfabriken finden, geht es statistisch gesehen besser als ihren Mitbürgern auf dem Land. Aber trotzdem sind die Zustände verheerend. Am 24. April 2013 starben weit über 1.000 Menschen, als in einer Art baurechtlichem Niemandsland nahe Dhaka ein neugeschössiges Gebäude einstürzte, in dem unter abenteuerlichen Zuständen gleich mehrere Textilfabriken untergebracht waren. Es ist der bisher größte Unfall in einer der Textilfabriken des Landes gewesen, aber beileibe kein Einzelfall.

Diese 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die für einen Elendslohn unter elenden Bedingungen geschuftet haben und die am Ende elend gestorben sind, das sind die Menschen, die Papst Franziskus uns vor Augen und vor das Gewissen stellt. Sind sie die im Zuge der Globalisierung unvermeidlichen Opfer, über die die Gesellschaft als Ganzes in eine bessere Zukunft hinwegschreitet? Das ist die Vorstellung zynischer Technokraten. Aus christlicher Perspektive aber ist ein solcher Standpunkt inakzeptabel, der nur auf volkswirtschaftliche Kennzahlen, aber nicht auf individuelle Schicksale blickt. Und daran erinnert Papst Franziskus.

Das Theologumenon von der Gottebenbildlichkeit und der christliche Glaube an die Menschwerdung von Gott selbst in Jesus Christus machen das Schicksal jedes Einzelnen höchst bedeutsam, bedeutsam gleichsam im Angesicht der Ewigkeit. Deshalb darf kein Einzelner für das Gemeinwohl geopfert werden. Und deswegen fordert die kirchliche Soziallehre soziale Teilhabe aller. Das heißt unter anderem: Es ist ein moralisches Gebot, dass der wirtschaftliche und der soziale Fortschritt sich im Gleichschritt vollziehen. Das war aber noch nie und ist auch heute kein sozio-technischer Automatismus, sondern eine Kulturleistung, die immer wieder neue Anstrengungen erfordert.

Was das unter den Bedingungen einer wirtschaftlich hochentwickelten Gesellschaft wie der deutschen heißen kann, hat die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz im Sommer 2011 in ihrem Impulstext *Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für*

eine freiheitliche Ordnung reflektiert. Die Kommission entwickelt hier mit Blick auf Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert die Motive einer „dynamischen Chancengerechtigkeit“ und einer „Kultur des Scheiterns“. Die Kernvorstellung ist: „Dem Einzelnen müssen Wege in die Gesellschaft eröffnet werden – und zwar nicht nur einmal, sondern *immer wieder*.“⁹ Unter dieser Perspektive soll der Koalitionsvertrag abschließend noch einmal in den Blick genommen werden.

Der Koalitionsvertrag und die chancengerechte Gesellschaft

An dieser Stelle ist kein Raum, den Koalitionsvertrag mit seinen 185 Seiten einer umfassenden sozialetischen Evaluation zu unterziehen. Wir wollen uns stattdessen an dieser Stelle exemplarisch auf die vereinbarten Arbeitsmarktreformen konzentrieren. Im Fokus der Debatte stand und steht dabei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Dieser Mindestlohn, der erst zum 1. Januar 2015 eingeführt werden wird und von dem noch bis Ende 2016 tarifvertraglich vereinbarte Abweichungen möglich sein sollen, ist für wirtschaftsnahe Beobachter Stein des Anstoßes. Heike Göbel spricht in dem bereits oben zitierten Kommentar in der *FAZ* von einem „Vertrag zu Lasten der Wirtschaft“. Neben dem Mindestlohn subsumiert sie die Korrekturen bei der Zeitarbeit, neue Teil- und Vollzeitansprüche für Arbeitnehmer sowie die Frauenquote unter der alarmistischen Diagnose, der Arbeitsmarkt werde wieder mit einer „Welle von Beschäftigungshemmnissen“ überzogen. Und Ulf Poschardt attestiert den Koalitionären in der *Welt* gar, ihr Vertrag atme „den Geist des regelungsverliebten, postheroischen Etatismus“. Bei der SPD sei das die Folge einer „kreuzpeinlichen Scham über den Erfolg der Agenda 2010“.

Auch hier fragt man sich, ob der Hang zur journalistischen Zuspitzung die Kommentatoren nicht hat recht weit über das Ziel hinausschießen lassen. Zunächst einmal: Die Erfolge der Agenda 2010 können redlicherweise nicht bestritten werden. Mit ihrer damaligen Reformpolitik ist die Regierung Schröder keineswegs einem neoliberalen Zeitgeist auf den Leim gegangen. Die Agenda 2010 war vielmehr der Versuch, auf dringende wirtschaftlich-soziale Herausforderungen zu reagieren. Vor zehn Jahren galt Deutschland als der „kranke Mann Europas“. Selbst der Spiegel titelte mit Blick auf die strukturell verfestigte Massenarbeitslosigkeit in Deutschland: „Die deutsche Krankheit“¹⁰. Es musste etwas getan werden, und Kanzler Schröder hat den Mut gehabt, etwas zu tun und sich mit einer entschiedenen Reformagenda den Herausforderungen zu stellen. Heute, zehn Jahre später, ist Deutschland trotz Finanzmarktkrise und europäischer Staatsschuldenkrise die Wirtschaftslokomotive in Europa und die strukturelle

Arbeitslosigkeit ist erstmals seit 40 Jahren deutlich und nachhaltig zurückgegangen. Das hat in der Tat vielen Menschen neue Chancen eröffnet.

Aber wie jede gute Medizin hatte die Agenda 2010 auch unerwünschte Nebenwirkungen. Und man muss kein übergroßes Wohlwollen an den Tag legen, um die inkriminierten Koalitionsvereinbarungen im Großen und Ganzen als den Versuch zu sehen, diese Nebenwirkungen in den Griff zu bekommen. Gerade im Bereich der Zeitarbeit und auch bei Werkverträgen ist es zu Missbrauch gekommen, der vom Gesetzgeber so nicht vorhergesehen, schon gar nicht beabsichtigt war. Wenn hier nachgebessert wird und diese Instrumente auf ihren ursprünglichen Zweck zurückgeführt werden, dann entspricht das dem Geist der Sozialen Marktwirtschaft.

Durch den Mindestlohn soll der seit den Arbeitsmarktreformen deutlich ausgeweitete Niedriglohnsektor besser unter Kontrolle gebracht werden. Sicher, das ist ein Drahtseilakt, aber weniger mit Blick auf die Konjunkturaussichten. Deutschland ist heute ein anderes Land als vor zehn Jahren. Die Agenda 2010 hat neue Spielräume eröffnet, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische. Deswegen wird auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € der deutschen Volkswirtschaft nicht schaden. Die unter der Perspektive der Chancengerechtigkeit größere Sorge besteht mit Blick auf die nach wie vor große Zahl der Langzeitarbeitslosen. Ihnen wird der Mindestlohn die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nicht gerade erleichtern. Denn die betriebswirtschaftliche Binsenwahrheit, dass nur die Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden, deren Kosten am Markt wieder erwirtschaftet werden können, kann auch der Gesetzgeber nicht außer Kraft setzen. Die Kirche, die sich auf eine besondere Option für die Armen verpflichtet weiß, wird deshalb ein besonderes Augenmerk darauf richten, inwieweit die neue Regierung ihre Vereinbarung einlöst, auch denjenigen neue Chancen zu erschließen, die als Geringqualifizierte oder Langzeitarbeitslose den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schaffen möchten.

Das Beispiel der Arbeitsmarktreformen zeigt exemplarisch, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ideologisch, sondern pragmatisch betrieben werden sollten. Pragmatismus darf dabei aber freilich nicht mit Prinzipienlosigkeit verwechselt werden. Zum Kernbestand der deutschen Sozialen Marktwirtschaft gehören die Prinzipien der Ordnungspolitik. Die Grundidee der Ordnungspolitik ist dabei, dass der Staat so weit wie möglich auf steuernde Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzichtet und sich vorzugsweise auf die Gestaltung der Rahmenordnung des Marktes konzentriert, um fairen Wettbewerb, sozialen Ausgleich und andere Gemeinwohlbelange sicherzustellen. Dort, wo Eingriffe unvermeidlich sind,

sollten sie marktkonform sein, wie Alfred Müller-Armack, der Namensgeber der Sozialen Marktwirtschaft, schon 1956 gefordert hat. Das heißt, sie sollten „den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen.“¹¹

Leider herrschte lange Zeit und herrscht teilweise immer noch eine ideologische Entgegensetzung von ordnungspolitisch orientierter Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Auch aus der oben angesprochenen Kritik an dem Koalitionsvertrag ist eine solche Entgegensetzung herauszuhören. Eine solche Frontstellung ist aber nicht hilfreich. Sie wird auch der Komplexität der Wirklichkeit nicht gerecht. In einer modernen hochentwickelten Volkswirtschaft wie der deutschen müssen Sozial- und Wirtschaftspolitik vielmehr viel stärker zusammen gesehen und ineinander gedacht werden, als das früher der Fall war. Sozialpolitik sollte heute immer ordnungspolitisch durchdacht sein, und Wirtschaftspolitik sollte heute immer auch den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit im Blick behalten. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Hier steht auch keineswegs nur die Politik in der Pflicht, sondern hier ist eine breite gesellschaftliche Debatte vonnöten.

Wie eine moderne Ordnungspolitik für die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert aussehen kann und soll, ist eine Frage, die sich auch in anderen Bereichen stellt. An dieser Stelle sei nur die Energiewende als eine der großen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode genannt. Nicht weniger groß sind die ordnungspolitischen Herausforderungen, die sich mit Blick auf die europäische Wirtschafts- und Währungsunion stellen. Auch diese Fragen müssen offen und breit in der Gesellschaft diskutiert werden.

Mehr Bürgerbeteiligung

Mehr bürgerschaftlicher Diskurs passt weitaus besser zur Demokratie des 21. Jahrhunderts als die Vorstellung, die Regierenden sollten große, visionäre Projekte verfolgen. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat deshalb in seiner Erklärung *Demokratie in Bewegung* vom April 2013 mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung politischer Prozesse gefordert. Neue Möglichkeiten bürgerschaftlicher Partizipation müssen dabei keineswegs in Spannung zu den bewährten Institutionen der repräsentativen Demokratie treten. Vielmehr können sie die Legitimation demokratischer Prozesse und politischer Entscheidungen erhöhen. Es ist deswegen sehr schade, dass die zu Beginn der Koalitionsverhandlungen geführte Diskussion über die Schaffung neuer bürgerschaftlicher Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten nicht weiterver-

folgt worden ist. Die SPD hat mit ihrem Mitgliederentscheid doch eigentlich vorgemacht, wie gut und konstruktiv so etwas funktionieren kann. Hier hätte die Chance bestanden, daran anzuknüpfen. Das Thema bleibt auf der Agenda.

Anmerkungen

- 1 Reinhard Marx, *Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen*, München 2008, 45.
- 2 Augustinus, *De Civitate Dei IV*, 4. Verwendete Übersetzung: Augustinus, *Vom Gottesstaat*, übers. v. Wilhelm Thimme, 2. Aufl., München/Zürich 1978.
- 3 Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, in: *Kant's gesammelte Schriften*, hrsg. v. d. Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 8, Berlin/Leipzig 1923, 341 – 386, hier: 366.
- 4 Siehe dazu Jean-François Lyotard, *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, 6. Auflage, Wien 2009.
- 5 Interview mit Die Welt Online vom 18.12.2013, <http://www.welt.de/politik/ausland/article123085143/Die-politische-Macht-Deutschlands-ist-gleich-null.html> (abgerufen am 27.12.2013).
- 6 Robert Spaemann, *Europa – Wertegemeinschaft oder Rechtsordnung?*, in: *Transit – Europäische Revue*, Nr. 21/2001; *Tr@nsit Online*, <http://www.iwm.at/readlisten-watch/transit-online/europa-wertegemeinschaft-oder-rechtsordnung/> (abgerufen am 28.12.2013).
- 7 Reinhard Kardinal Marx, in: Peter Schallenberg/Arnd Küppers (Hrsg.), *Interdisziplinarität der Christlichen Sozialethik. Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle*, Paderborn u. a. 2013, 13 – 16, hier: 15.
- 8 Papst Franziskus, *Evangelii Gaudium* 51.
- 9 *Die deutschen Bischöfe. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung*, Bonn 2011, 23.
- 10 *Der Spiegel* 6/2002 vom 04.02.2002.
- 11 Alfred Müller-Armack, *Art. Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 9, Stuttgart u. a. 1956, 390 – 392, hier: 391.

Die Verfasser

Dr. Arnd Küppers ist Wissenschaftlicher Referent und Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.

Msgr. Dr. Peter Schallenberg ist Professor für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät Paderborn und Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.